



Aktueller Begriff

Libyen - drei Jahre nach Gaddhafis Sturz ein zerrissenes Land

Das Auseinanderbrechen Libyens ist mit dem erneuten Ausbruch von gewaltsamen Kämpfen zwischen verfeindeten Milizen und Clans im Frühjahr 2014 zu einer realen Gefahr geworden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen spricht in seinem Bericht (S/2014/653) an den Sicherheitsrat vom 5. September 2014 von den landesweit schwersten Kämpfen seit 2011. Libyens Regierung ist es drei Jahre nach dem Sturz von Gaddhafi bislang nicht gelungen, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen und die zahlreichen Milizen in den Sicherheitsapparat zu integrieren. Begonnen hat der Waffengang zwischen Milizen unter Führung des ehemaligen Gaddhafi-Generalstabschef Khalifa Haftar und islamischer Extremisten mit der *Operation Würde* im Mai 2014. Ziel dieser eigenmächtigen militärischen Operation Haftars, die in der Bevölkerung sowie bei Teilen der Armee und der Regierung Zuspruch fand, war die Rückeroberung der Stadt Bengasi. Diese stand unter militärischer Kontrolle der islamistischen Organisation Ansar-al-Sharia. Im August besetzte dann im Zuge der Gegenoffensive *Operation Morgenröte* eine Koalition von islamischen Extremisten und Milizen nach fünfwöchiger Belagerung den Flughafen Tripolis, Ministerien und andere strategische Gebäude der Hauptstadt.

Die gewaltsame Auseinandersetzung um Einfluss und Zugang zu den Quellen für Macht und Wohlstand zwischen ethnischen Gruppen verläuft entlang der Fronten des Bürgerkriegs von 2011. Die Kämpfe haben inzwischen auch eine religiöse Dimension. Das djihadistische Netzwerk der Ansar al-Sharia terrorisiert das Land mit politischen Morden an Vertretern der Justiz, Entführungen von ausländischem Botschaftspersonal und gezielten Tötungen von Menschenrechtsaktivisten. Die Spaltung des Landes geht aber über die zwei Machtblöcke von islamischen Extremisten und ihren Rivalen im Norden Libyens hinaus. Sie droht auf den Süden überzugreifen, wo arabische Stämme und Clans um Schmuggelrouten und Macht ringen. Der politische Prozess ist mit der Eskalation der Kämpfe ins Stocken geraten, die humanitäre Krise hat sich verschärft. Die Kämpfe in Tripolis zogen Stromausfälle und Treibstoffengpässe nach sich, gefährdet war zudem die Wasser- und Lebensmittelversorgung. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) bezifferte die kontinuierlich steigende Zahl der Binnenflüchtlinge in Libyen Anfang September 2014 auf 166.000 Personen, die Zahl der Flüchtlinge aus Libyen auf 37.000, die Hälfte davon syrische Staatsbürger. Die Zahl der Bootsflüchtlinge aus Libyen stieg von Januar bis August 2014 auf über 108.000 Personen.

Als Reaktion auf die massive Verschlechterung der Sicherheitslage verschärfte der VN-Sicherheitsrat am 27. August mit Resolution S/Res/2174 (2014) das Waffenembargo und die Sanktionen (Einreisesperre) gegenüber bestimmten Personen und Institutionen in Libyen und forderte dazu auf, den Nationalen Dialog unter libyscher Führung fortzuführen. Zudem wurde das durch Reso-

lution S/Res/2009 (2011) des VN-Sicherheitsrates im Jahr 2011 eingerichtete Mandat der politischen Unterstützungsmission, United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL), um ein weiteres Jahr verlängert. Das Mandat legitimiert UNSMIL unter anderem, den Verfassungsgebungsprozess zu unterstützen und die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen. Diese Aufgabe wird dadurch erschwert, dass das internationale UNSMIL-Personal aufgrund der schwierigen Sicherheitslage im Juli 2014 vorübergehend aus dem Land abgezogen wurde. Für die Ausarbeitung einer Verfassung stellen die Fragmentierung der Gesellschaft, die ungleiche Verteilung von Wohlstand sowie die anhaltende Gewalt im Land eine große Herausforderung dar.

Nach Auffassung des französischen Verteidigungsministers Jean-Yves Le Drian hat sich der Süden Libyens zu einer Art „Drehscheibe“ für Waffen entwickelt. Im Abschlussbericht einer Expertengruppe an den VN-Sicherheitsrat (S/2014/106) heißt es, Libyen sei zu einem der „zentralen Ursprungsorte“ für den illegalen Handel mit Waffen mit wenigstens 14 Ländern weltweit geworden und habe damit in den zurückliegenden drei Jahren Konflikte in der Region und auf verschiedenen Kontinenten befeuert. Libyen verfügt über große, ungesicherte Waffenlager aus der Gaddhafi-Ära, die zum Teil in die Hand nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen gekommen sind. Für die Expertengruppe steht die Proliferation von Waffen in der Region mit dem Fehlen eines effektiven Grenzkontrollregimes in Zusammenhang. Libyens poröse Grenze, die Aktivitäten von islamischen Extremisten und die Proliferation von Waffen werden auch von Anrainerstaaten wie Ägypten als Sicherheitsrisiko gewertet. Zu einem militärischen Eingreifen durch Staaten der Region soll es einem Bericht der *New York Times* zufolge am 25. August 2014 gekommen sein, als Stellungen und Waffendepots der islamistischen Miliz Fajir Libyen in Tripolis aus der Luft angegriffen wurden. Die Miliz beschuldigte die Regierungen der Vereinigten Arabischen Emirate und Ägyptens, ihre Stellungen in Tripolis angegriffen zu haben. Bei weiteren Luftschlägen durch Kampfflugzeuge unbekannter Herkunft sollen am 15. September 2014 südlich von Tripolis ein Munitionslager in die Luft gesprengt und am 16. Oktober 2014 Stellungen von islamischen Extremisten in Bengasi angegriffen worden sein.

Zu den tiefer liegenden Ursachen für die politische Zerrissenheit des Landes zählen historische Gründe, wie etwa die von europäischen Kolonialmächten entworfene Ordnung und die Auswirkungen der mehr als vier Jahrzehnte andauernden Diktatur Gaddhafis auf die politische Kultur des Landes. So beherrscht Libyens im Westen ausgebildete Elite zwar das demokratische Vokabular, es fehlen allerdings Institutionen, Mechanismen und die Bereitschaft der politischen Akteure zur friedlichen Beilegung von Konflikten, um demokratische Prozesse fest zu verankern. Zudem haben es die Eliten des Landes bislang nicht vermocht, eine wirtschaftspolitische Ordnung zu schaffen, von der ein Großteil der Bevölkerung profitiert. Die Hoffnungen auf Einigung in dem festgefahrenen politischen Prozess liegen nun zu einem Großteil beim am 20. Februar gewählten libyschen Verfassungskonvent. Dieser hat für Ende Dezember 2014 einen Verfassungsentwurf in Aussicht gestellt, der anschließend durch den Allgemeinen Nationalkongress und ein Referendum bestätigt werden soll.

Quellen:

- United Nations Support Mission in Libya and United Nations Human Rights Office Of The High Commissioner (2014). Overview Of Violations Of International Human Rights and Humanitarian Law During The Ongoing Violence In Libya, 4. September 2014.
- UN Security Council (2014). Final report of the Panel of Experts established pursuant to resolution 1973 (2011) concerning Libya, http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2014_106.pdf.